

Covid-Betrug

März 20, 2021

Es ist nun fast ein Jahr her, seitdem der Covid-Betrug über die ganze Welt verbreitet wurde, buchstäblich über Nacht, aufgrund einer gigantischen Lüge, laut der eine tödliche Pest drauf und dran war, die ganze Menschheit zu befallen. Dass es sich um eine Riesenlüge handelte, wurde alsbald klar, als die Sterblichkeitsziffern erkennen liessen, dass die sogenannte "Pandemie" nicht schlimmer war als eine gewöhnliche Wintergrippe. Nichtsdestoweniger erzählen die elenden Politiker und die elenden Medien auf Befehl ihrer im Dunkel agierenden Herren auch weiterhin unverdrossen eine Flut von Lügen über die "Pandemie", um die Völker der Welt in einem künstlichen Zustand der Panik zu halten. Dass sich die Völker nach wie vor an der Nase herumführen lassen, gereicht ihnen zur Schande, aber sie müssen die Schuld einzig und allein bei sich selbst suchen, diesmal wegen ihres Mangels an gesundem Menschenverstand, der eine Folge ihrer mangelnden Wahrheitsliebe ist – ein Mangel, der in nicht allzu ferner Zukunft zum Erscheinen des Antichrist führen wird (2. Thess. II, 10). Covid hat nichts mit Gesundheit zu tun, jedoch umso mehr mit dem Streben der verborgenen Mächte nach der Weltherrschaft – und diese Mächte werden von Gott als Geißel für die fast schon grenzenlose Verworfenheit der Abtreibungsgesellschaft benutzt.

Immerhin gibt es Seelen, die alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Schurken das Handwerk zu legen, beispielsweise die in Berlin domizilierte "Corona-Committee Foundation", die am 14. September letzten Jahres einen kurzen Bericht verfasste. Der deutsche Text umfasst 28 Seiten, deren Zusammenfassung («Provisorische Ergebnisse») wir unten wiedergeben. Der Text ist ein Musterbeispiel für den in Deutschland immer noch vorhandenen gesunden Menschenverstand und für Wahrheitsliebe; erstellt wurde er von vier Anwälten aus Deutschland, so dass

sich sein Inhalt primär an die Deutschen richtet, aber weitere 23 Fachleute haben ihn unterzeichnet, hauptsächlich Ärzte, aus aller Welt. Man findet den Bericht im Internet unter corona-ausschuss.de/wp-content/uploads/2020/02/.

«Es spricht nach derzeitigem Erkenntnisstand sehr viel dafür, dass das von SARSCoV-2 ausgehende Risiko stark überschätzt, die Risiken und Schäden durch die Maßnahmen aber nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Die Regierung hat bereits im April 2020 erklärt, dass sie keine Folgenabschätzung vorgenommen habe und dies auch nicht plane. In einem von der Rechtsanwältin Jessica Hamed geführten Verfahren vor dem Bayrischen Verwaltungsgericht hat die Bayerische Staatskanzlei wissen lassen, dass es bis zum heutigen Tage – unter Verletzung des Rechtsstaatsprinzips, wonach alles staatliche Handeln überprüfbar sein muß – keine Unterlagen, keine schriftlichen Expertisen zur Folgenabschätzung gebe. Dies ist als zumindest grob fahrlässig anzusehen, speziell angesichts der sich immer massiver mehrenden Berichte über Lockdown-Schäden bei den Unternehmen, den Kindern, den Alten etc. Die Risikoabwägung ergibt, dass ein überschaubares Risiko (grippeähnlicher Virus ohne Gefahrenpotential für das Gesundheitssystem als Ganzes) mit einem hochriskanten Maßnahmenpaket bekämpft worden ist. Die Lockdown- und Maßnahmenrisiken haben sich in einem extremen Umfang bereits jetzt verwirklicht. Sie haben die erhofften Auswirkungen nicht gezeitigt, da die Infektionen bzw. die positiven Testergebnisse, wie sich, zumindest rückblickend, durch Auswertung des Sterbegeschehens zeigt, bereits im Zeitpunkt der Verhängung des Lockdowns rückläufig war. Seit Ende Juni 2020 scheinen sich die positiven Testergebnisse nun im Bereich des falsch-positiven Grundrauschens des Tests zu bewegen. Durch die fortdauernden Maßnahmen (Masken, Abstandsgebot und diesbezügliche Umsatzeinbußen, Schließung von Konzerthäusern etc.) realisieren sich tagtäglich weitere große Schäden für die Wirtschaft, die Gesundheit, das kulturelle, soziale Leben der Menschen in Deutschland. Schaden und Nutzen sind außer

Verhältnis. Damit stellen sich die Grundrechtseingriffe als unverhältnismäßig und folglich rechtswidrig dar. Die Regierungen haben keine ausreichende, begleitende Güterabwägung vorgenommen, wie ihnen höchstrichterlich explizit auferlegt worden ist, im Gegenteil haben sie bewusst auf eine Beobachtung der Kollateralschäden verzichtet. Damit müssen sich die Regierungen schuldhaftes Handeln vorhalten lassen."

Nehmt euren ganzen Mut zusammen, Katholiken und Nichtkatholiken – der Betrug ist keineswegs schon vorbei.

Kyrie eleison.